

Ukrainische Kinder und Jugendliche an deutschen Schulen - Ansätze, Probleme und Perspektiven aus der Sicht einer Gemeinde

Immer mehr Menschen aus der Ukraine kommen im Landkreis Marburg-Biedenkopf an. Nicht nur die Universitätsstadt Marburg steht vor Herausforderungen. Auch in den kleineren Städten und Gemeinden sind tragfähige Lösungen gefragt. Bei uns in Cölbe haben zahlreiche Bürgerinnen und Bürger Wohnungen und ganze Häuser zur Verfügung gestellt. Die Gemeindeverwaltung arbeitet ebenso unauffällig wie effizient. Der Cölber Arbeitskreis Flüchtlinge (CAF) organisiert einen „Lerntreff Deutsch“ für erwachsene Geflüchtete und einen „Begegnungstreff“ für neu Angekommene und ihre alteingesessenen Nachbarn. Im internationalen Begegnungsgarten sind Geflüchtete aus der Ukraine willkommen. Der CAF wird in seinen Aktivitäten von ehrenamtlich tätigen Dolmetscherinnen und Dolmetschern mit russischem oder ukrainischem Sprachhintergrund unterstützt. Dank zahlreicher und namhafter Spenden aus der Bevölkerung können bei der Ausstattung von Wohnungen und bei der Eingliederung in das Sozial- und Bildungssystem vor Ort gezielte Maßnahmen finanziert werden. An der Cölber Lindenschule gibt es inzwischen eine Intensivklasse zum Spracherwerb für Kinder im Grundschulalter. Die Wollenbergschule in Wetter bietet eine Intensivklasse für Jugendliche in der Sekundarstufe I an.

Inzwischen dürften rund 30.000 ukrainische Kinder und Jugendliche an deutschen Schulen angemeldet sein. Im Landkreis Marburg-Biedenkopf ist eine klare Struktur vorgegeben: Fünf- und Sechsjährige können Vorlaufkurse besuchen, Kinder im Grundschulalter Intensivklassen an Grundschulen. Für Schülerinnen und Schüler, die der Sekundarstufe I zuzuordnen sind, werden Intensivklassen an entsprechenden Schulen eingerichtet. Für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 20 Jahren sind InteA-Klassen vorwiegend an beruflichen Schulen vorgesehen.

Dabei steht das Erlernen der deutschen Sprache im Vordergrund. Eine Verknüpfung der Intensivklassen mit dem normalen Programm der gastgebenden Schulen ist zunächst nicht oder nur in sprachfernen Randbereichen vorgesehen. Als Notmaßnahme für den Start ist dieses Organisationsmodell durchaus akzeptabel und unterstützenswert. Schon mittelfristig greift es zu kurz. Wie alle anderen Kinder und Jugendlichen mit fremder Herkunftssprache und noch unzureichenden Deutschkenntnissen sind auch Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine Bestandteil des deutschen Bildungs- und Gesellschaftssystems, wenn sie hier ihre Lebensperspektive haben. Ihnen müssen dieselben Entwicklungsmöglichkeiten angeboten werden wie gleichaltrigen Deutschen. Will man eher auf den noch defizitären Ausbildungsstand der „Neuen“ abheben, wird man den notwendigen Prozess als „Integration“ bezeichnen. Denkt man vom Gesamtsystem her, in dem das Recht auf Bildung diskriminierungsfrei gewährleistet werden muss, trifft es wohl „Inklusion“ besser.

Für welche Bezeichnung auch immer man sich entscheidet, in jedem Fall sind zusätzliche Maßnahmen erforderlich.

Gemeinsames Lernen erfordert kleinere Lerngruppen, mehr Lehrpersonal, Fördermaßnahmen für einzelne Schülerinnen und Schüler und gezielte Fortbildungsmaßnahmen. Pflege der Herkunftssprache muss ebenso möglich sein wie kontinuierliche Verbesserung der deutschen Sprachfertigkeiten. Das gilt für alle Schulstufen und -formen von der Grund-

schule bis zum Gymnasium. Diese Anforderungen sind seit Jahren bekannt, müssen aber auch umgesetzt werden. Das Kultusministerium muss noch im laufenden Schuljahr eine realistische Bedarfsprognose vorlegen, diese mit den Personalvertretungen abstimmen und Weichen für die zeitnahe Realisierung stellen. Erhebliche zusätzliche Mittel sind nötig, vielleicht sogar ein Nachtragshaushalt.

Mit den Kindern sind auch deren Mütter geflohen. Viele von ihnen verfügen über eine pädagogische Qualifikation.

Allein in Cölbe kennen wir mindestens sechs ausgebildete ukrainische Lehrerinnen. Selbstverständlich ist es sinnvoll, sie in ein Konzept des gemeinsamen Lernens einzubinden. Schon jetzt könnten sie in Schulen mit Ganztagsbetreuung eingesetzt werden. Die Schulleitungen haben einschlägige Etats, die entsprechend aufgestockt werden müssten. Aber auch weitergehende Maßnahmen sind denkbar. In Regelklassen könnten ukrainische Lehrerinnen einzelnen Schülerinnen und Schülern zur Seite gestellt werden und ihre deutschen Kolleginnen und Kollegen entlasten. Details müssten von den örtlichen Kollegien, Schulleitungen und Personalvertretungen geklärt werden. Ehrenamtliche Arbeit ohne Bezahlung kann dabei auf keinen Fall in Betracht kommen. Hauptpersonalrat und Kultusministerium müssen umgehend Gespräche über eine vertretbare Eingruppierung gemäß TVH, dem in Hessen geltenden Tarifvertrag, aufnehmen. Das alles ist kein Hexenwerk. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Aber Eile ist schon geboten. Wir beobachten nämlich, dass die Geflüchteten aus der Ukraine Selbsthilfe zur Förderung ihrer Kinder organisieren.

Sie nutzen das Internet zur Teilnahme am ukrainischen Homeschooling, manchmal in Ergänzung zum Unterricht in den Intensivklassen, manchmal ohne jeden Bezug zum deutschen Schulwesen. Verständlich ist dieser Ansatz, weil Rückkehrperspektiven völlig offen sind. Rechtlich ist er möglich, weil Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine lediglich berechtigt sind, am Unterricht teilzunehmen. Sie unterliegen nicht der Schulpflicht. Wer glaubt, nach den Ferien wieder am ukrainische Regelunterricht teilnehmen zu können, wird das laufende Schuljahr nicht ohne weiteres abschreiben wollen. Wer aber doch länger bleiben muss, braucht eine Perspektive im deutschen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem. Am hiesigen Regelunterricht und an deutschen Abschlüssen führt dann kein Weg vorbei. Niemand kann ein Interesse daran haben, dass hierzulande ein paralleles ukrainisches Schulsystem ohne Verbindung zum deutschen Regelsystem entsteht. So würde zwangsläufig gesellschaftliche Isolierung einer ganzen Bevölkerungsgruppe erzeugt. Von Integration oder gar Inklusion könnte nicht mehr die Rede sein. Langfristig tragfähige Lösungen sind nötig, die den Geflüchteten Wege in die Gesellschaft eröffnen. Kollegien an Schulen, Schulleitungen und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit sind zur Kooperation bereit. Was fehlt sind Geld, Ausstattung und genügend qualifiziertes Personal. Mit Provisorien ist keinem auf Dauer gedient.

Kurt Bunke